



NATIONALE  
STELLE  
ZUR  
VERHÜTUNG  
VON  
FOLTER

14. Juni 2017

## PRESSEMITTEILUNG

### Der Bundestag diskutiert Stärkung der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter

**Berlin** - Dem Deutschen Bundestag liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Stärkung und Reformierung der Nationalen Stelle (Drucksache 18/12544) vor. Die Nationale Stelle begrüßt eine solche Diskussion. Nur durch einen effektiven Präventionsmechanismus kann die Bundesrepublik ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen aus dem Zusatzprotokoll der Antifolterkonvention gerecht werden.

Dem Antrag ging ein internes Fachgespräch zwischen Bundestagsabgeordneten, Experten sowie den Vorsitzenden der Nationalen Stelle voraus. Er enthält die Forderung an die Bundesregierung, das jährliche Gesamtbudget der Nationalen Stelle deutlich zu erhöhen, die Mitgliederanzahl der Nationalen Stelle zu verdreifachen und die Anzahl des hauptamtlichen Personals entsprechend zu verdoppeln. Auch spricht sich der Antrag für strukturelle Reformen aus.

Die Nationale Stelle hat sich angesichts von etwa 13000 zu besuchenden "Orten der Freiheitsentziehung" in Deutschland von Beginn an für eine bessere Ausstattung ausgesprochen. Ein erster wichtiger Schritt war die Aufstockung von insgesamt fünf auf zehn ehrenamtliche Mitglieder im Jahr 2015, wobei Mitglieder mit bis dahin nicht vorhandener Expertise ernannt wurden. Seitdem sind auch Besuche in Einrichtungen des Sozialbereichs möglich.

Hierzu Rainer Dopp, Vorsitzender der Länderkommission der Nationalen Stelle: „Die Besuche der Nationalen Stelle machen jedes Mal wieder auf ein Neues deutlich, wie wichtig die Tätigkeit der Stelle ist, um Missstände aufzuzeigen und gute Vorgehensweisen in besuchten Einrichtungen an andere Einrichtungen weiter zu geben.“

*Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter, bestehend aus der Bundesstelle und der Länderkommission, nahm im Mai 2009 ihre Arbeit auf, nachdem die Bundesrepublik Deutschland das Zusatzprotokoll zur UN-Antifolterkonvention ratifiziert hatte. Sie ist Deutschlands Einrichtung für die Wahrung menschenwürdiger Unterbringung und Behandlung im Freiheitsentzug und wird durch regelmäßige Besuche an Orten der Freiheitsentziehung, bundesweit etwa 13.000, präventiv tätig. Zu diesem Zweck hat sie die Behandlung der dort untergebrachten Personen zu prüfen und Empfehlungen abzugeben.*

Kontakt: Jennifer Bartelt und Sofie Halben, Tel.: 0611-1602228-25 / 35, Email: [info@nationale-stelle.de](mailto:info@nationale-stelle.de)